

Interpellation FDP-Fraktion:**«Industriestandort Rheintal sichern: bessere Rahmenbedingungen statt links-grüne Bevormundung**

Die Firma Schoeller Textilien AG, ein traditionsreiches St.Galler Unternehmen, muss das Werk in Sevelen per Ende 2025 schliessen. Dadurch verlieren 170 Mitarbeitende ihre Stelle. Mit der definitiven Schliessung per Ende August 2024 der AG Cilander in Herisau endet in der Ostschweiz nicht nur ein Kapitel der Schweizer Textilgeschichte, sondern rund 140 Mitarbeitende verlieren ihre Stelle. Die Mubea AG stellte per Ende Oktober 2024 ihren Betrieb in Oberriet ein, 31 Mitarbeitende haben ihren Job verloren.

Die Schweizer Industrie steht vor erheblichen Herausforderungen: Hohe Lohn- und Energiekosten, eine angespannte Marktsituation, Industriezölle, unklare Beziehungen zur EU und der Arbeitskräftemangel belasten die Unternehmen und Arbeitsplätze. Auch die Krise in Deutschland, die als Folge der gescheiterten Energie- und Wirtschaftspolitik der links-grünen Regierung zu betrachten ist, wirkt sich negativ auf die Zulieferbetriebe im Rheintal aus.

In Anbetracht dieser Herausforderungen ist es erstaunlich, dass genau jene Parteien, die höhere Energiepreise, Abschottung oder schlechte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft fordern, nun als Retter der Unternehmen und Arbeitsplätze auftreten wollen. Offenbar erkennen sie nicht, dass die gegenwärtige Lage eine direkte Folge ihrer politischen Bestrebungen ist.

Die FDP setzt sich seit jeher für wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein, die Fortschritt und die weltweit besten Löhne ermöglichen. Sie ist überzeugt, dass es zur Stärkung des Industriestandorts Rheintal und der Arbeitsplätze weder links-grünen Dirigismus noch wirtschaftsfeindliche Abschottungs- und Bewahrungspolitik braucht, sondern bessere Rahmenbedingungen. Denn das einzigartige Erfolgsmodell Schweiz basiert auf einer liberalen Wirtschaftsordnung.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die Haltung, dass es zur Stärkung der Industriearbeitsplätze im Kanton St.Gallen keine planwirtschaftlichen Eingriffe oder Subventionen des Staats braucht?
2. Mit welchen Massnahmen können die Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen im Kanton St.Gallen verbessert und die damit verbundenen Arbeitsplätze gesichert werden?
3. Welche Massnahmen wären aus Sicht der Regierung auf Bundesebene nötig, um die Rahmenbedingungen für den Industriestandort St.Gallen und dessen Arbeitsplätze zu verbessern?
4. Wie schätzt die Regierung den Einfluss der Energiekosten auf die Arbeitsplatzsicherheit in der hiesigen Industrie ein? Ist demnächst eine Entlastung – z.B. durch den Zubau von Stromproduktionskapazitäten – absehbar?
5. Wie schätzt die Regierung die Bedeutung der Verhandlungen mit der EU für die Arbeitsplatzsicherheit in der Industrie ein?»